

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 41 (1994)
Heft: 4: <http://www.youtube.com/watch?v=D5E5TjkDvU0>

Artikel: Was gedenkt die Schweiz zu tun?
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-368448>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dringliche Einfache Anfrage zur nuklearen Entsorgung in Osteuropa

Was gedenkt die Schweiz zu tun?

Am 30. November 1993 reichte Nationalrat Martin Bundi (SPS) Chur eine Dringliche Einfache Anfrage ein, die vom Bundesrat am 22. Dezember 1993 gutgeheissen und beantwortet wurde. Bundi ist in Sorge über das gewaltige Nuklearpotential, das in der ehemaligen Sowjetunion teilweise unkontrolliert lagert und daher für ganz Europa ein Gefährdungspotential darstellt. Nachstehend der Wortlaut der Anfrage:

In Osteuropa und speziell auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion bestehen bei der Entsorgung nuklearen Materials schwere Probleme, welche für die ganze Welt von brisanter sicherheitspolitischer Bedeutung sind. Diese betreffen sowohl die atomare Abrüstung als auch die Beseitigung von Atomabfällen aus Kernkraftwerken. Russland zum Beispiel stoppte vorläufig das Vorhaben, Atommüll ins Meer zu versenken, nur unter dem Vorbehalt, dass das Ausland bei der Entwicklung alternativer Entsorgungsanlagen behilflich sei. Die Ukraine anderseits ist nur gewillt, die nukleare Abrüstung gemäss Start-1-Vertrag vorzunehmen, wenn sie auf mehr Unterstützung und Sicherheitsgarantien der internationalen Gemeinschaft zählen kann.

Der Bundesrat wird angefragt:

1. Worin bestand das bisherige Engagement der Schweiz betreffend Unterstützung der Osteuropastaaten bei der Lösung obgenannter Probleme?
2. Die Schweiz verfügt über ein beträchtliches Wissen im Forschungs- und im technisch-industriellen Bereich der Entsorgung sowohl von Atommüll aus Kernkraftwerken als auch von atomaren Waffensystemen. Ist der Bundesrat gewillt, Anstrengungen zu unternehmen, um Osteuropa einen grösseren Anteil an technischer und finanzieller Hilfe zukommen zu lassen?
3. Ist der Bundesrat bereit, schweizerische Experten im Nuklearbereich verstärkt Osteuropa zur Verfügung zu stellen, um dadurch einen Akzent für mehr ökologische Sicherheit in der Welt zu setzen?

Antwort des Bundesrates

Es ist sicher, dass es bezüglich der radioaktiven Abfälle in Osteuropa und in der GUS grosse Aufgaben zu erledigen gibt,

und zwar sowohl im zivilen wie auch im militärischen Bereich. Die Erfassung der Lagerorte, die Kontrolle ihrer Sicherheitsbedingungen wie auch deren Verbesserung und die Schaffung neuer Lagerungsmöglichkeiten sind Aufgaben, die es unverzüglich an die Hand zu nehmen gilt. Im weiteren stellt im besonderes empfindlichen Ökosystem des Meeres gelagerter Atommüll ein ökologisches Risiko dar, das zu ermitteln und gegebenenfalls zu vermindern ist.

Auf internationaler Ebene sind wichtige Arbeiten zur Lösung dieser Probleme im Gang. Es muss aber auch der Sicherheitszustand der alten Reaktoren dringend verbessert werden.

Der Bundesrat ist sich des Handlungsbedarfs auf diesem Gebiet bewusst. Die zuständigen Stellen haben insbesondere der Finanzierung des Gutachtens für den Bau eines Lagers für abgebrannte Brennelemente beim Atomkraftwerk Ignalina in Litauen zugestimmt. Die Kosten für diese Untersuchung beliefen sich auf 355 000 Fr. Der Bundesrat ist auch bereit, jedes neue Projekt, das zur Verbesserung der Situation auf diesem Gebiet beiträgt, in Betracht zu ziehen, sofern das Projekt von den Koordinationsstellen der osteuropäischen bzw. GUS-Regierungen unterstützt wird und es den Vorgaben der Finanzplanung des Osteuropakredites nicht widerspricht.

Es ist richtig, dass unser Land auf dem Gebiet der radioaktiven Abfälle und deren

Überwachung in der Umwelt über technische und wissenschaftliche Kompetenzen verfügt, auch über eine beschränkte Anzahl Experten, sowohl in der Privatwirtschaft wie auch bei den Bundesbehörden (HSK, PSI). Dies ist jedoch nicht der Fall für Abfälle aus der militärischen Atomindustrie.

Ausserdem darf unsere finanzielle Situation, die eine außerordentliche Kürzung der Budgets bewirkt hat, bei der Hilfe für die osteuropäischen Länder und der GUS, nicht ausser acht gelassen werden. Das schränkt den Handlungsspielraum der Regierung ein.

Die Schweiz ist Mitglied des nuklearen Sicherheitsfonds der europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (BERD), der alle Sicherheitsbereiche der am wenigsten sicheren Kernkraftwerke zu verbessern hilft.

Eine weitergehende Unterstützung der Atomenergie mit Krediten und Experten würde die festgelegten Prioritäten im Rahmen unseres Programmes für die Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Ländern und der GUS in Frage stellen. Herr Bundesrat René Felber hat anlässlich der Abstimmung über die Erhöhung des Kredites für die Zusammenarbeit um 600 Mio. Fr. gesagt: «Unsere Hilfe zugunsten von Osteuropa muss flexibel sein, sie muss den vielfältigen Bedürfnissen sowohl im Umweltbereich als auch bei der beruflichen Ausbildung entsprechen.» □

Mit der neuen Zivilschutz-Armbanduhr

können Sie jetzt zeigen, dass Ihnen der Zivilschutz am Herzen liegt! Mit dieser Uhr machen Sie bestimmt gute Figur, weil sie

- Swiss made ist
- toll aussieht: rundes, schwarzes Metallgehäuse, weisses Zifferblatt, schwarze Zeiger inkl. Sekundenzeiger, schwarzes Synthetikband
- unisex ist (gleiches Modell für Damen und Herren)
- mit auswechselbarer Batterie läuft
- das genaue Datum anzeigt
- wasserfest ist
- nicht protzig, sondern fein und gediegen auf dem Zifferblatt das Zivilschutz-Logo (blau/orange) zeigt
- nur Fr. 69. – kostet (ab 10 Stück nur Fr. 65.–).

Bestelladresse:
Schweizerischer Zivilschutzverband
Postfach 8272, 3001 Bern, Telefon 031 381 65 81

